

Niederschrift RAT/VIII/28

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 14.03.2013 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor
Branse, Martin
Eimers, Alfred
Espelkott, Tobias
Everding, Klara
Fedder, Ralf
Hemker, Leo
Isfort, Mechthild
Kreutzfeldt, Brigitte
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Lembeck, Guido
Meier, Frank
Meier, Lisa Margeaux
Mensing, Hartwig
Rahsing, Ewald
Reints, Hermann
Riermann, Günter
Schaten, Carina
Schenk, Klaus
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf
Tendahl, Ludgerus
Weber, Winfried
Wilde, Andreas

ab TOP 6 ö.S.

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner	Kämmerer
Roters, Dorothea	Gleichstellungsbeauftragte
Fuchs, Maria	Produktverantwortliche
Wisner-Herrmann, Sabine	Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Schubert, Franz

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:30 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die erschienen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Frau Reher von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 5. März 2013 form- und fristgerecht geladen wurde und der Rat beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

1.1 Beantwortung von Bürgeranfragen - Herr Neumann

Herr Neumann erkundigte sich, ob Anfragen von Bürgern nur persönlich in den Ausschuss- und Ratssitzungen gestellt werden dürften oder ob für ältere Bürger auch die Möglichkeit bestehe, eine schriftliche Anfrage an den Bürgermeister zu richten.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er selbstverständlich auch jede eingehende schriftliche Anfrage persönlich beantworten werde.

1.2 Entgeltzahlungen für die Nutzung der Mensa - Herr Neumann

Herr Neumann verwies auf die Mehrkosten, die durch die Verlegung der Schulmensa auf Wunsch von Vereinen und Verbänden entstanden seien. Es sei geplant gewesen, diese Mehrkosten durch Entgeltzahlungen zu kompensieren. Er fragte, wie hoch die Entgelte seien, die dem Gemeindehaushalt durch die Nutzung der Mensa wieder zugeführt worden seien.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass durch den Rat im Juli 2011 eine Entgeltordnung zur Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Nutzung gemeindlicher Gebäude und Einrichtungen erlassen worden sei. Vor dem Hintergrund des Haushaltssicherungskonzeptes, durch das die Zuschüsse für Vereine bereits halbiert worden seien, habe der Rat beschlossen, dass die Nutzung von gemeindlichen Gebäuden durch Rosendahler Vereine entgeltfrei möglich sei.

Eine private Nutzung der Mensa habe wegen der Hygienevorschriften nicht stattgefunden. Insofern seien also keine Entgelte aus der Nutzung der Mensa in den gemeindlichen Haushalt geflossen.

1.3 Räumung der Gehwege bei winterlichen Straßenverhältnissen - Herr Neumann

Herr Neumann erkundigte sich, wie die Gemeinde Rosendahl bei winterlichen Straßenverhältnissen insbesondere für ältere und behinderte Mitbürger Sorge. Er schlug vor, dass bestimmte Wege auf jeden Fall geräumt werden sollten, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die Adressen älterer Mitbürger seien doch bekannt und die Gemeinde könnte einen speziellen Wegeplan erstellen,

der vorrangig geräumt werde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er diesen Vorschlag durchaus für wünschenswert halte. Es gelte aber momentan die Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Rosendahl, durch die die Räum- und Streupflicht für die meisten Straßen den Anwohnern übertragen worden sei. Wenn alle Anwohner dieser Pflicht nachkommen würden, gehe er davon aus, dass es keine Probleme mit nicht geräumten Wegen gebe. Dies sei aber wohl leider nicht immer der Fall. Er schlug Herrn Neumann vor, eine Anregung zu diesem Thema an den Rat der Gemeinde Rosendahl zu richten, der dann über eine Änderung der Straßenreinigungssatzung und eine Kostenregelung beraten könne.

1.4 Veranstaltung zu Altweiber im Rathaus der Gemeinde Rosendahl - Herr Neumann

Herr Neumann erkundigte sich, ob die Veranstaltung zu „Altweiber“ im Rathaus der Gemeinde Rosendahl privater Natur sei und fragte, ob es in einer Zeit der Haushaltssicherung nicht möglich sei, mit Personalressourcen effizienter und außenwirksamer umzugehen. Er halte es nicht für richtig, dass das Rathaus wegen dieser Feier bereits ab 11:11 Uhr für den Publikumsverkehr geschlossen werde. Sowohl der Kreis als auch die Stadt Coesfeld schließe erst um 14:11 für den Publikumsverkehr. Er bat um eine konkrete Bezifferung der Kosten, die der Gemeinde durch diese Feier entstehen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es sich bei der traditionellen Karnevalsfeier um eine dienstliche Veranstaltung im geschlossenen Rahmen handele. Dazu gehöre ja auch der Empfang des Karnevalsvereins Holtwick. Nicht teilnehmende Mitarbeiter müssten dafür Urlaub nehmen bzw. Überstunden abbauen. Im Gegensatz zu anderen Behörden sei dafür die Verwaltung am Rosenmontag durchgehend geöffnet.

Er werde aber die Anregung von Herrn Neumann mit dem Personalrat erörtern.

1.5 Gesperrter Wirtschaftsweg in Höven - Herr Frieling

Herr Frieling erkundigte sich, wann endlich mit den Reparaturarbeiten an dem seit längerem gesperrten Wirtschaftsweg in Höven begonnen werde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dort der Durchlass des Felsbachs eingebrochen sei und komplett erneuert werden müsse. Die zu erwartenden Kosten lägen bei ca. 15.000 € und die Mittel dafür seien im Haushalt 2013 eingestellt. Allerdings müsse der Haushalt erst verabschiedet werden, bevor die Gemeinde tätig werden könne. Er gehe davon aus, dass der Beginn der Arbeiten wahrscheinlich erst im Mai oder Juni erfolgen könne.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

2.1 Behindertengerechter Zugang für das Obergeschoss des Bahnhofs Darfeld - Herr Branse

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er zur Kenntnis genommen habe, dass das Obergeschoss des Bahnhofs Darfeld nicht aus Gründen des Brandschutzes sondern als Belohnung für die ehrenamtlichen Mitarbeiter im Umfeld des Generationenparks „barrierefrei“ ausgebaut werden solle. In der letzten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses habe Bürgermeister Niehues zu bedenken gegeben, dass sich ohne den behindertengerechten Ausbau nur noch maximal 15 bis 20 Personen im Obergeschoss des Bahnhofes aufhalten dürften.

Er fragte, warum ohne erkennbaren Grund die Nutzung des Obergeschosses des Bahnhofs Darfeld durch mehr als 20 Personen verboten werde.

Er fragte weiter, ob es eine Baugenehmigung für die Umbauten im Bahnhof Darfeld gebe und welche Nutzungen für welche Räume erlaubt seien und welche nicht.

Er bitte um eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen und um eine schriftliche Stellungnahme des Kreises Coesfeld als Genehmigungsbehörde.

Bürgermeister Niehues sagte eine Beantwortung zu.

2.2 Tempomessung an der Schöppinger Strasse im Ortsteil Osterwick - Herr Schulze Baek

Ratsmitglied Schulze Baek gab eine Bitte der Anlieger der Schöppinger Straße um erneute Geschwindigkeitskontrollen durch die Polizei weiter, da es dort zu deutlichen Geschwindigkeitsüberschreitungen komme.

Bürgermeister Niehues sagte eine Weiterleitung zu.

2.3 Sachstand zum Projekt der Kaiserswerther Diakonie - Herr Weber

Fraktionsvorsitzender Weber erkundigte sich nach dem Sachstand des Vorhabens der Kaiserswerther Diakonie, eine Außenwohngruppe für Kinder und Jugendliche auf einer Hofstelle in der Bauernschaft „Horst“ einzurichten.

Bürgermeister Niehues sagte zu, sich nach dem aktuellen Sachstand bei der Kaiserswerther Diakonie zu erkundigen.

2.4 MitarbeiterInnen für das Bahnhofscafe im Generationenpark Darfeld - Herr Reints

Ratsmitglied Reints fragte, ob es der Verwaltung bekannt gewesen sei, dass der Heimatverein Darfeld für den Betrieb des Bahnhofscafés im Generationenpark feste Mitarbeiter suche. Dieses habe er einer Anzeige in der Allgemeinen Zeitung Coesfeld entnehmen können.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ursprünglich geplant gewesen sei, das Café mit ehrenamtlichen Mitarbeitern zu betreiben. Durch die Probeöffnungen im Herbst letzten Jahres habe sich aber herausgestellt, dass das nicht zu leisten sei. Daher würden nun feste MitarbeiterInnen gesucht.

2.5 Rückzahlung von Fördergeldern für U3-Plätze - Frau Everding

Ratsmitglied Everding verwies auf einen Artikel in der Allgemeinen Zeitung Coesfeld am 8. März 2013 wonach es bei der Betreuung von unter dreijährigen(U3) Kindern noch einmal zu Umstrukturierungen in einigen Einrichtungen im Kreis Coesfeld kommen könne. Der Hintergrund sei ein Erlass des Landes NRW, nach dem die von ihm geförderten U3-Plätze auch nur mit Kindern unter drei Jahren besetzt werden dürfen. Der Kreis Coesfeld befürchte nun, dass er Fördergelder zurückzahlen müsse, wenn alles nach den bisherigen Belegungsplänen laufe. Sie fragte, ob auch die Gemeinde Rosendahl davon betroffen sein könne.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass nicht die Gemeinde Rosendahl sondern allenfalls die Kindergartenträger hiervon betroffen sein könnten. In einem Gespräch der Kindergartenleiterinnen mit dem Kreisjugendamt sei darauf hingewiesen worden. In Rosendahl könnten alle geförderten U3-Plätze auch mit unter dreijährigen Kindern belegt werden, so dass die Rosendahler Kindergärten nicht betroffen seien.

2.6 Undichtes Dach an Schulbushaltestelle im Hegerort OT Holtwick - Herr Tendahl

Ratsmitglied Tendahl teilte mit, dass das Dach einer Schulbushaltestelle im Hegerort undicht sei und bat um Reparatur.

Bürgermeister Niehues bedankte sich für den Hinweis, wies aber darauf hin, dass eine Reparatur durch die Mitarbeiter des Bauhofes nicht zeitnah erfolgen könne. Er bat Herrn Tendahl, die Anlieger zu fragen, ob sie bereit seien, eine Reparatur selbst vorzunehmen, wenn die Gemeinde die Materialkosten übernehme. Ferner bat er Frau Reher um eine Pressemitteilung zu diesem Thema.

2.7 Umstellung der Bedingungen für die Wohnungsbauförderung NRW - Herr Schulze Baek

Ratsmitglied Schulze Baek fragte, ob es richtig sei, dass durch die Umstellung der Bedingungen für die Wohnungsbauförderung in NRW die Gemeinde Rosendahl nicht mehr zu den geförderten Kommunen gehören werde.

Bürgermeister Niehues antwortete dass die Förderung insgesamt geringer ausfallen und dass es eine Umverteilung zugunsten des städtischen Raums geben solle. Er wisse jedoch nicht, ob Rosendahl dadurch unmittelbar betroffen sei.

2.8 Reinigung der Glaswartehäuschen an den Bushaltstellen - Herr Fedder

Ratsmitglied Fedder erkundigte sich, ob die Reinigung der Glaswartehäuschen an Bushaltstellen durch die Gemeinde beauftragt werde und wenn ja, ob es da einen langfristigen Vertrag gebe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass mit der Reinigung eine Firma beauftragt sei, die sehr günstig arbeite. Einen langfristigen Vertrag gebe es nicht.

3 Bericht aus anderen Gremien

Es wurde kein Bericht aus anderen Gremien vorgetragen.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Ratssitzung am 20. Februar 2013.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

5 Benennung eines Vertreters für den Beirat "Abfallsammlung und -beförderung" der Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld Vorlage: VIII/534

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/534.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag und fasste folgenden **Beschluss**:

Als Nachfolgerin für den ausscheidenden Beiratsvertreter Werner Isfort wird gemäß § 4 Abs. 1 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Städten und Gemeinden Ascheberg, Billerbeck, Coesfeld, Dülmen, Havixbeck, Lüdinghausen, Nordkirchen, Nottuln, Olfen, Rosendahl und Senden über gemeinsame Regelungen bei der Abfallsammlung und –beförderung ab 16. Mai 2013 Maria Fuchs (Leiterin des Fachbereiches Finanzen und Controlling) benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6 Zuleitung des Entwurfes des Gesamtabchlusses 2011 gemäß § 116 GO NRW in Verbindung mit § 96 GO NRW
Vorlage: VIII/536**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/536.

Kämmerer Isfort erläuterte anschließend anhand einer Präsentation ausführlich den mit der Sitzungseinladung zugegangenen Gesamtabchluss 2011 und beantwortete Fragen, die direkt dazu gestellt wurden.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Der in der Sitzung des Rates am 14.03.2013 zugeleitete Gesamtabchluss (sog. Konzernabschluss) für das Haushaltsjahr 2011 wird gemäß § 116 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Haushaltssatzung, Haushaltsplan mit 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes und Stellenplan für das Jahr 2013
Vorlage: VIII/530/1**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/530/1 und die Beratungen in der Ratssitzung am 20. Februar 2013. Der Stellenplan 2013 sei in der vorangegangenen Sitzung beschlossen worden, heute gehe es um die Verabschiedung des Haushaltes 2013.

Kämmerer Isfort erklärte, dass sich aus der letzten Ratssitzung nur eine Änderung für den heutigen Haushalt ergeben habe und das sei die Wiederaufnahme der Mittel für die Treppe und den behindertengerechten Zugang am Bahnhof Darfeld. Eine entsprechende Anlage sei der Sitzungsvorlage beigefügt worden.

Fraktionsvorsitzender Weber stellte den **Antrag**, aus dem Haushalt 2013 die Mittel für ein Organisationsgutachten zu streichen. Laut der Sitzungsvorlage zum TOP 8 der heutigen Sitzung habe der Bürgermeister ein eigenes Konzept für die Verwaltungsorganisation und Strukturierung entwickelt. Er plädiere dafür, zunächst dieses Konzept zu testen und erst wenn sich herausstelle, dass es nicht geeignet sei, erneut über eine externe Organisationsuntersuchung nachzudenken.

Weiter regte er an, die wiedereingestellten Mittel für die Treppe und den behindertengerechten Zugang am Bahnhof Darfeld als zinsloses Darlehen an die Organisationen und Vereine in Darfeld weiterzuleiten, die ja angeboten hätten, einen Teil der Finanzierung selbst zu übernehmen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es geplant sei, die Treppe und den Treppenlift mit LEADER Mitteln zu finanzieren. Die dazu zwingend notwendige Kofinanzierung müsse aus öffentlicher Hand, in diesem Fall also von der Gemeinde Rosendahl kommen. Bei der von Herrn Weber vorgeschlagenen Möglichkeit eines zinslosen Darlehens könnten LEADER Mittel nicht in Anspruch genommen werden und der benötigte Betrag erhöhe sich auf ca. 50.000 €.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass die CDU-Fraktion in der letzten Rats-

sitzung den Haushalt abgelehnt habe und damit auch einige Anforderungen kenntlich gemacht habe, die sie erfüllt sehen wollte. Ihm sei bekannt, dass die Fraktionen zu Kompromissen verpflichtet seien und dazu sei auch die CDU-Fraktion bereit. Wie von der CDU-Fraktion gewünscht, sei eine Anpassung des Stellenplans in Bezug auf eine E10 Stelle erfolgt, ebenso sei durch die Änderung der Hauptsatzung die Mitwirkung des Rates bei der Besetzung der Fachbereichsleiterstellen möglich geworden. Die heutige Sitzung sei wie gewünscht vor den Osterferien terminiert worden und letztendlich werde die Sitzungsvorlage unter TOP 8 als Ergänzung zum Ratsbeschluss vom 29. November 2012 gesehen. Der Bürgermeister sei der CDU-Fraktion damit ein Stück weit entgegen gekommen, so dass die CDU-Fraktion dem Haushalt für das Jahr 2013 zustimmen werde.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er mit der Bezeichnung einer Ansammlung von Menschen als Mob erneut Anlass zur Empörung gegeben habe.

Er habe daher „Dr. Google“ um Rat gefragt. Danach bezeichne man als Mob eine mehr oder weniger bestimmte Gruppe von Personen, die gemeinsam ohne erkennbare Führung agiere. Die Mitglieder eines Mob würden zwar durch die Verbreitung von bestimmten Geschichten und Gerüchten motiviert, veranstalteten Tumult und Aufruhr, seien aber nicht zur Analyse und Diskussion bereit.

Genauso habe er die in der letzten Ratssitzung anwesenden Bürgerinnen und Bürger empfunden und sie deshalb für einen Mob gehalten und tue das auch heute noch.

Die SPD-Fraktion sehe hier noch deutlichen Analyse- und Diskussionsbedarf wie auch in einigen anderen Punkten, wie z.B. bei der Aufteilung der Kosten für die „Noch-Verbundschule“, beim Raumkonzept für die Grundschulgebäude, beim Flächennutzungsplan für Windenergieanlagen, beim Organisationskonzept und auch über die Notwendigkeit der heutigen zusätzlichen Sitzung.

Damit könnte man den Haushalt um weitere 50.000 € entlasten. Leider sei es aber in der Gemeinde Rosendahl noch immer üblich, die Dinge abzuarbeiten, ohne vorher zu klären, „wohin man laufen wolle“. Die nächste Steuererhöhung sei damit schon vorprogrammiert. Die SPD-Fraktion werde daher den Haushaltsplan 2013 ablehnen.

Ratsmitglied Espelkott begrüßte, dass die CDU-Fraktion zur Besinnung gekommen sei. Allerdings müsse man sich fragen, was das gekostet habe. Vereine und Verbände warteten seitdem auf ihre Zahlungen, Ausschreibungen hätten nicht durchgeführt und Baumaßnahmen nicht begonnen werden können. Zudem habe diese zusätzliche Sitzung Kosten in Höhe von ca. 1.500 Euro verursacht. Verstehen könne er dieses Verhalten nicht.

Fraktionsvorsitzender Mensing schloss sich den Ausführungen von Herrn Espelkott an und teilte mit, dass sich die WIR-Fraktion dem Antrag von Herrn Weber anschließen werde.

Fraktionsvorsitzender Meier erklärte, dass ihm durchaus bewusst sei, dass die weitere Ratssitzung zusätzliche Kosten verursacht habe, aber im Rahmen einer demokratischen Entscheidungsfindung sei das zu vertreten. Die FDP-Fraktion halte weiter an der Notwendigkeit einer externen Organisationsuntersuchung fest und werde dem Antrag von Herrn Weber nicht zustimmen, wohl aber dem Gesamthaushalt für 2013.

Ratsmitglied Fedder stellte fest, dass er schon seit 8 Jahren als Ratsmitglied tätig sei und sich während dieser Zeit von der CDU-Fraktion allzu häufig das Kostenargument habe vorwerfen lassen müssen. Diesen Vorwurf könne er heute nur an die CDU-Fraktion zurückgeben.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass die SPD-Fraktion nicht dem von Bür-

vorlage darauf verwiesen habe, dass er sein eigenes Organisationskonzept auf wiederholte Nachfrage von Ratsmitgliedern erstellt habe. Im als Anlage beigefügten Ausschreibungstext gebe es die Formulierung, dass „der Auftraggeber sich das Recht vorbehalte, ggf. einzelne angebotene Bausteine der Organisationsuntersuchung von der Auftragserteilung auszunehmen.“ Das halte er nicht für korrekt und könne dem auch so nicht zustimmen. Wenn die CDU-Fraktion dem zustimme, knicke sie damit in ihren Forderungen ein. Der bestehende Konflikt werde so nicht gelöst und die Gleichstellungsbeauftragte stehe noch immer vor den gleichen Problemen.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass das geforderte Organisationsgutachten ja bereits eine entsprechende Dramaturgie vorzuweisen habe. Nach wie vor sei nicht bekannt, wie ein in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses aufgetauchtes internes Papier zum Organisationskonzept des Bürgermeisters an die Ausschussmitglieder gelangt sei. Er habe bereits in seiner Haushaltsrede eine Ehrenerklärung von der CDU-Fraktion gefordert, dass sie mit diesem Vorgang nichts zu tun habe. Ebenso habe er den Bürgermeister aufgefordert, seine Mitarbeiter zu diesem Vorfall zu befragen.

Ratsmitglied Schulze Baek wies darauf hin, dass Bürgermeister Niehues ein Personalkonzept entwickelt habe, das aber eigentlich erst auf einem Organisationsgutachten aufbauen könne. Damit werde der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Er halte es nach wie vor für sinnvoll, zunächst ein externes Organisationsgutachten zu erstellen und danach ein Personalkonzept.

Fraktionsvorsitzender Meier stimmte den Ausführungen von Herrn Schulze Baek zu. Auch er halte es für schwierig, in der gegenwärtigen Situation ohne ein externes Organisationsgutachten ein Personalkonzept aufzustellen. Er könne auch die Besorgnis von Herrn Branse nachvollziehen, gehe aber davon aus, dass der Bürgermeister das ihm von den Fraktionen entgegen gebrachte Vertrauen bei der Ausschreibung der Organisationsuntersuchung nicht missbrauchen werde.

Ratsmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass die SPD-Fraktion dieses Vertrauen nicht mehr habe und auf gar keinen Fall die Möglichkeit der Zensur durch den Bürgermeister unterstützen werde.

Auf erneute Nachfrage vom Fraktionsvorsitzenden Weber, ob Bürgermeister Niehues seine Mitarbeiter dazu befragt habe, wie ein internes Papier unter die Sitzungsunterlagen gelangen konnte, erklärte dieser, dass er keine Mitarbeiterbefragung dazu durchgeführt habe.

Ratsmitglied Everding teilte mit, dass sie Bürgermeister Niehues als Verwaltungschef ihr Vertrauen ausspreche. Er werde nach der vorliegenden Sitzungsvorlage 5 Angebote für eine Organisationsuntersuchung einholen und die Untersuchung dann durchführen lassen. Sie fragte Bürgermeister Niehues, ob er verpflichtet sei, die Ergebnisse eines Organisationsgutachtens umzusetzen.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass es allein seine Entscheidung sei, ob und wie er die Ergebnisse einer externen Organisationsuntersuchung umsetze.

Fraktionsvorsitzender Branse fragte Herrn Weber, was er mit einer Ehrenerklärung meine, die er zuvor von der CDU-Fraktion gefordert habe.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine vertrauliche Unterlage in die Öffentlichkeit gelangt sei, ohne dass der Bürgermeister dieses zuvor legitimiert habe. Er habe die CDU-Fraktion aufgefordert, zu erklären, dass sie daran nicht beteiligt gewesen sei. Sollte diese Erklärung ausbleiben, werde er das Thema weiter in die Öffentlichkeit tragen.

Der Rat stelle sich mit der Beauftragung einer externen Organisationsuntersuchung ein Armutszeugnis aus. Vergleichbar sei das mit der Forderung nach einem Gemeindeentwicklungskonzept, das man nicht mit den Bürgern gemeinsam erarbeite.

Fraktionsvorsitzender Steindorf sprach Herrn Weber das Recht ab, Erklärungen von der CDU-Fraktion zu verlangen. Er halte es für eine Amtsanmaßung Verhöre darüber zu führen, wer wann was gemacht haben könnte.

Er richtete die Frage an Bürgermeister Niehues, ob die aktuelle Beschlussvorlage den Ratsbeschluss vom 29. November 2012 ergänze. Die CDU-Fraktion beabsichtige auf keinen Fall, den damals gefassten Beschluss durch den heutigen Beschluss aufzuheben.

Bürgermeister Niehues verwies auf die eindeutige Sitzungsvorlage, es sei nicht die Rede davon, einen zuvor gefassten Beschluss aufzuheben.

Ratsmitglied Schulze Baek verwies auf die zu Beginn von Herrn Branse vorgetragenen Zweifel an den Möglichkeiten des Auftraggebers, bestimmte Bausteine aus dem Gutachten zu entfernen.

Er fragte, wer denn eigentlich der Auftraggeber sei. Das könne doch bei einem Volumen von 25.000 € gar nicht der Bürgermeister allein sein.

Bürgermeister Niehues bestätigte, dass bei diesem Volumen der Haupt- und Finanzausschuss den Auftrag für das Organisationsgutachten erteilen werde und auch über die einzelnen Bausteine des Gutachtens entscheiden könne. Letztendlich seien die für die Organisationsuntersuchung in den Haushalt eingestellten Mittel entscheidend für den Umfang der Untersuchung und es müsse die Möglichkeit bestehen bleiben, den Auftrag zu reduzieren, wenn die Angebote über 25.000 € liegen sollten.

Ratsmitglied Barenbrügge erklärte, dass man sich bei den heutigen Diskussionen seiner Meinung nach nur im Kreis drehe. Er plädiere dafür zunächst abzuwarten, wie die Angebote für das Gutachten aussehen werden und stellte den **Antrag auf Abstimmung**.

Fraktionsvorsitzender Branse verwies nochmals auf die seiner Meinung nach notwendige konkrete Auftragsformulierung, um nicht später dem Bürgermeister freie Hand bei der Entscheidung über ein Gutachten zu lassen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf zitierte sodann den Ratsbeschluss vom 29. November 2012 und machte den Vorschlag, den heutigen Beschluss als Ergänzung zum bereits gefassten Ratsbeschluss zu formulieren, wonach die Inhalte der Ausschreibung den Kriterien entsprechen sollen, die aus den Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten Frau Roters resultieren.

Bürgermeister Niehues entgegnete, dass er sich bei der Formulierung der Ausschreibung an die Vorgaben der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) gehalten habe. Es gehe hier nicht um ein Konzept von Frau Roters, obwohl das später zu erstellende Konzept möglicherweise genauso aussehen könnte. Fakt sei, dass wie von der GPA gefordert, eine Umstrukturierung in drei Fachbereiche erfolgen werde. Da lasse er sich nicht hineinreden. Er habe nichts gegen eine Organisationsuntersuchung, wenn sie auf der Gliederung in drei Fachbereiche aufbaue. Das Recht auf die Entscheidung über die Verwaltungsorganisation sei und bleibe in seinen Händen. Die Untersuchung der Zuordnung von Produkten zu den Fachbereichen könne gerne überprüft werden. Es werde aber auf jeden Fall drei Fachbereiche geben. Einen vierten Fachbereichsleiter könne sich die Gemeinde schon lange nicht mehr leisten.

Fraktionsvorsitzender Steindorf bat um eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung.

Einwohner-Relationen“ ergänzt.

Nach dieser Bewertung sei eine Klage gegen die Berechnung des Flächenansatzes im GFG 2013 wohl aussichtslos.

Kämmerer Isfort ergänzte, dass es in der geplanten Klage gegen das GFG 2012 um weitere fundamentale Dinge gehe, die noch nicht erledigt seien, so dass die Klage insgesamt noch aufrecht erhalten werden müsse.

9.2 Aufgabe des Spielplatzes in der Nachbarschaft Heuping Ortsteil Holtwick

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass er ein Schreiben der Nachbarschaft Heuping aus dem Ortsteil Holtwick erhalten habe, in dem der erste Vorsitzende mitteile, dass die Nachbarschaft den Spielplatz an der Oststraße und die damit verbundene Pflege aufgeben wolle.

Die noch nutzbaren drei Spielgeräte sollen an der Nikolaus-Grundschule in Holtwick wieder aufgestellt werden.

9.3 Termin der Europa- und Kommunalwahl in NRW - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass ihm die Information zugegangen sei, dass die Wahl des Europaparlamentes sowie die Kommunalwahl zusammen am 25. Mai 2014 stattfinden werden.

Bürgermeister Niehues und Allgemeinem Vertreter Gottheil war dieser Termin noch nicht bekannt.

10 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

10.1 Umbaumaßnahme am Bahnhof Darfeld - Herr Entrup

Herr Entrup fragte, was er sich genau unter der behindertengerechten Umbaumaßnahme am Bahnhof Darfeld vorstellen solle.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass an der Seite des Bahnhofsgebäudes eine Treppe zum Obergeschoss installiert werden solle, an der zusätzlich ein Treppenlift für gehbehinderte Personen angebracht werde.

10.2 Kindergartenplätze für über Dreijährige Kinder - Herr Entrup

Herr Entrup verwies auf die Information, wonach der Rechtsanspruch für unter dreijährige Kinder auf einen Betreuungsplatz ab August 2013 erfüllt werden könne. Er habe aber nun die Information erhalten, dass ein über dreijähriges Kind keinen

Platz im DRK-Kindergarten erhalten habe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung nicht mit dem Anspruch auf einen Platz im Wunschkindergarten gleichzusetzen sei. Hier müsse man auch mit dem Platz in einer anderen als der gewünschten Einrichtung zufrieden sein.

Ratsmitglied Kreuzfeldt ergänzte, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sogar mit der Bereitstellung einer Tagesmutter erfüllt werde.

Niehues
Bürgermeister

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführerin